

Ausschuss stimmt dafür

Kostenlose Verhütung bei Hartz IV

(jak) Hildesheim. Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am Dienstag einstimmig dafür ausgesprochen, die Idee, einen Sonderfond für Verhütungsmittel für einkommensschwache Familien einzurichten, in die Haushaltsberatungen aufzunehmen (der KEHRWIEDER berichtete). In der Diskussion zuvor hatten Hans-Uwe Bringmann (Unabhängige) und Michael Kriegel (FDP) Bedenken geäußert, man könne nur einem Teil der bedürftigen Frauen das Einsetzen einer Spirale als dauerhaftes Verhütungsmittel ermöglichen. Wilfried Kretschmer (SPD) erwiderte: „Wenn nur ein einziger Schwangerschaftsabbruch dadurch verhindert wird, ist das Geld schon richtig investiert.“ Yara-Katharina Tuschick (Grüne) wies darauf hin, dass der angesetzte Betrag von 5.000 Euro als Sockelbetrag gemeint sei, der noch aufgestockt werden könne. „Es geht darum, den Frauen hier vor Ort in ihrer Situation zu helfen.“ Sozialdezernent Dirk Schröder schlug vor, in anderen Kommunen nachzufragen, wie groß die Anfrage dort nach einem Jahr war. Unter anderem haben Bremerhaven und Cuxhaven kommunale Fonds zwischen 5.000 und 10.000 Euro eingerichtet. Grundsätzlich ist die Verhütung bei Hartz IV Thema des Bundes.